

bresche

Revolutionäre Marxistische Liga
Postfach 13
2500 Biel 4

Postcheckkonto 80-44 457

GEGEN DIE ERHOEHUNG DER TROLLEY- UND BUSTARIFE

Der Gemeinderat hat für den 1. Januar 1977 eine 12,5-%ige Erhöhung der BVB-Tarife beschlossen. Diese Tarifierhöhung soll das Defizit der Verkehrsbetriebe ausgleichen. Wir widersetzen uns diesem Beschluss, der die Verkehrsbetriebe auf dem Rücken der Lohnabhängigen rentabel machen soll. Die langen Arbeitswege z.B. sind das Ergebnis des ungenügenden Wohnungsmarktes und der planlosen städtischen Entwicklung. Zudem können die Verkehrsbetriebe solange nicht richtig funktionieren, als das Verkehrsnetz nach den Bedürfnissen der Privatwagen konzipiert ist.

DER VIERFACHE BETRUG IN SACHEN STEUERN

1. Der Fall des Bauunternehmers Schwarz, der Millionen hinterzogen hat, ist nicht einmalig. Mit Hilfe falscher Bilanzen und mit Hilfe des heiligen Bankgeheimnisses können Unternehmer und grosse Immobilienbesitzer in diesem Land ganz legal Steuern hinterziehen. Die Neue Zürcher Zeitung schätzt die den Steuern hinterzogene Summe auf 60 Milliarden Franken!

2. Der OMEGA-Unternehmer Brand, Ex-Bulova-Direktor Arnaud, H. Hauser und viele andere grosse Fische haben ihren Hauptwohnsitz nicht in Biel. Warum? Wenn sie in Alfermée, Ipsach oder in einem anderen nahen Ort wohnen, können sie nicht nur weniger verpestete Luft geniessen, sondern zahlen auch weniger Steuern und können trotzdem die Infrastruktur der Stadt Biel benutzen.

3. Die Bieler Behörden sprechen dann von einem "Loch" in der Stadtkasse.

4. Trotz dem Loch haben sie dann aber plötzlich Geld für mehr Polizeiausgaben und teure Bauten (Seminar, Gymnasium, Luftschutzanlagen), denn im Stadtrat sitzen zufällig freisinnige Bauunternehmer.

Wir verurteilen diese freisinnige Finanzpolitik. Wir stellen uns gegen Steuererhöhungen bei den Arbeitern den Arbeitslosen und den kleinen Angestellten.

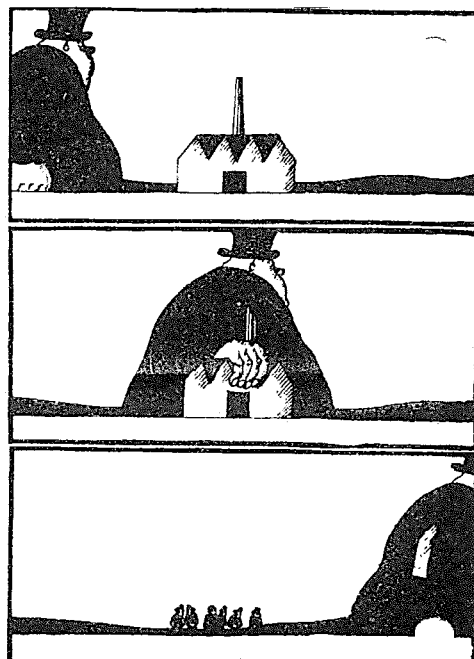
Für eine Politik der Verteidigung der Arbeiterinteressen

Alle kennen die Folgen der Krise: die Arbeitslosigkeit und die Entlassungen. Es ist der Bankrott einer Gesellschaft, in der scheinbar alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind und jeder Wahlzettel das gleiche Gewicht hat. Aber in Wirklichkeit sind es die Unternehmer, die in ihren Fabriken die Gesetze machen, die über das Schicksal von Tausenden von Werktätigen bestimmen. Und diese Beschlüsse hängen von ihren Profiten ab. So haben z.B. die Uhrenunternehmen in zwei Jahren 30'000 Arbeitsplätze aufgehoben, während in der gleichen Zeit die Arbeitsproduktivität pro Arbeiter um 20 % gestiegen ist. Besonders in Biel hat die Krise eine gewaltige Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung mit sich gebracht:

- Verschärfung der Arbeitsrhythmen, was eine verstärkte psychische Ermüdung, einen gestiegenen Verbrauch von Beruhigungsmitteln und eine grössere Anzahl von Arbeitsunfällen in den Betrieben und auf den Bauplätzen bedeutet. Eine zu lange Arbeitszeit zwingt die Lohnabhängigen dazu, den grössten Teil ihrer Zeit in den Fabriken und damit zu verbringen, dass sie sich von ihrer Müdigkeit für den nächsten Arbeitstag ausruhen müssen. Für die Frauen kommt zu ihrer Fabrikarbeit noch die ganze Haushaltsarbeit und die Versorgung und Erziehung der Kinder hinzu.

- Immer höhere Mieten, aber immer kleinere und lärmigere Wohnungen. Das ist das Ergebnis der Politik der Bodenspekulanten und der Gemeindebehörden. Diese Leute bauen sich schöne Villen ausserhalb der Stadt, lassen Tausende von Wohnungen leer, bauen für die Arbeiter und kleinen Angestellten Quartiere, die sich in ihrer Monotonie vom Arbeitsplatz in der Fabrik und im Büro nicht unterscheiden.

- Der Staat und die Behörden garantieren jedem Unternehmer das Recht zu entlassen und die Löhne zu kürzen. Diese gleichen Behörden versuchen auch immer wieder, den Lohnabhängigen mittels den direkten oder indirekten Steuern mehr Geld wegzunehmen. Sie erhöhen den Steuersatz und die Gebühren. Und zu diesem Preis haben wir teure Spitäler, einen schlechten Gesundheitsdienst, viel zu grosse Schulklassen, betonierte "Grüninseln", verschmutzte Strassen und Flüsse. Die Freisinnigen der PNR und der FDP ziehen es vor, die Polizeiausgaben zu erhöhen und die sozialen und kulturellen Beiträge zu kürzen. Das bedeutet weniger Geld für die Schulen, die Kindergärten, die Krippen, das autonome Jugendzentrum und für die Theater.



mathello

Wählt Revolutionäre Marxistische

DIE FRAUEN WERDEN AM ARBEITSPLATZ UND ZU HAUSE AUSGEBEUTET UND UNTERDRUECKT

Der Mangel an Kantinen, Krippen und Wäschereien in den Quartieren zwingt die Hausfrauen dazu, allein alle Haushaltsaufgaben zu übernehmen. Werkstätige Frauen haben einen doppelten Arbeitstag. Sie arbeiten oft 70 Stunden in der Woche.

Der Bundesrat schlägt in der Frage der Abtreibung die Verwerfung der Initiative für die Fristenlösung vor. Aber in der Schweiz gibt es jährlich 50'000 Frauen, die abtreiben (laut dem Planungszentrum von Genf sogar 110'000).

Die Frauen müssen sich untereinander sowohl als Mütter, wie als Arbeiterinnen zusammenschliessen, um gemeinsam ihre Interessen zu verteidigen. In Biel müssen wir uns für ein Planungszentrum einsetzen, das allen

Frauen, einschliesslich den Jugendlichen, offensteht und gratis Informationen über Verhütungsmittel und verschiedene Methoden der Abtreibungen vermittelt, und regelmässige gynäkologische Kontrollen, von den Krankenkassen bezahlt, durchführt.

ENTEIGNUNG DER GM-WERKSTÄTTEN

In den 30er Jahren holte der sozialdemokratische Stadtpräsident die GM nach Biel. Er bot ihr einen geeigneten Boden, von der Stadt erstellte Werkstätten, einen Eisenbahnanschluss und bedeutende Steuervorteile an.

Die GM nützte diese Vorteile aus, bis sie 1974 ihre Produktion in ein anderes "Paradies" verlegte, nämlich nach Persien. Heute versucht die GM die Produktionshallen, die sie zu einem Spottpreis erlangt hatte, für 50 Millionen Franken zu verkaufen!

Wir fordern die Enteignung dieser Werkhallen, um daraus Lehrwerk- und Produktionsstätten zu machen. Um die Arbeitslosigkeit und den Mangel an Lehrwerkstätten zu bekämpfen, muss die Stadt unbedingt diese Werkstätten bereitstellen.

WIE KANN MAN SICH DER BÜRGERLICHEN MEHRHEIT UND IHRER UNTERNEHMER-POLITIK WIDERSETZEN?

Auf die drohende Betriebsschliessung haben die Arbeiterinnen und Arbeiter der Bulova Neuenburg mit der Betriebsbesetzung geantwortet. Heute bleibt die Fabrik in Neuenburg, auch wenn ihre Errungenschaften nicht endgültig sind. ABER SIE HABEN DIE UNTERNEHMER ZUM NACHGEBEN GEZWUNGEN. Die Bieler Arbeitslosen, die sich in einem Arbeitslosenkomitee organisiert haben, haben das Schweigen durchbrochen, das die Bieler Behörden hinsichtlich des Arbeitslosenproblems walten wollten. Die Tausenden, welche in irgendeiner Form aktiv an der Besetzung des Atomkraftwerkes in Kaiseraugst teilnahmen, haben zumindest bis heute den Bau dieses Werkes verhindert.

Diese Beispiele zeigen, dass es notwendig ist, sich zu organisieren und zu handeln, und zwar sowohl in den Betrieben, als auch in den Gewerkschaften, in Komitees von kämpferischen Arbeitern, in Quartierkomitees und in der Bewegung gegen die Kernkraftwerke.

Die Revolutionäre Marxistische Liga (RML) schlägt diese Alternative vor. Und wenn wir uns RML nennen, so deshalb, weil wir für den Sozialismus kämpfen, und zwar nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten. Wir sind für eine Gesellschaft, in der die Arbeiter, welche den Reichtum schaffen, auch darüber bestimmen können, nach ihren eigenen Bedürfnissen und nicht nach jenen der Kapitalisten. Wir nennen uns ebenfalls RML, weil wir die polnischen, tschechischen und russischen Arbeiter in ihrem Kampf für eine wirkliche Arbeiterdemokratie in ihrem Land unterstützen.

WARUM RML/BRESCHÉ WAHLEN?

Viele Leute denken, dass "die da oben sowieso machen, was sie wollen". Wir glauben es auch. Deshalb meinen wir, dass man sich, um sich denen da oben zu widersetzen, am Arbeitsplatz organisieren muss, dass man sich aber auch an den Abstimmungen und an den

Wahlen beteiligen muss. Denn jede Stimmenthaltung ist eine Stimme für jene, welche den Arbeitern die Kosten der Krise aufbürden wollen. Die Bürgerlichen besitzen ihren Sitz im Stadt- und Gemeinderat dazu, ihre Geschäfte zu machen. Mit Recht wehren sich die Freien Bieler Bürger (FBB) und die SP dagegen. Aber sie machen es nicht wirksam genug. Sie schlagen vor, die Stadt besser zu verwalten und arbeiten dazu mit den bürgerlichen Parteien zusammen. Die RML will eine Oppositionspolitik betreiben gegen die arbeiterfeindlichen Massnahmen der rechten Parteien im Stadtrat und für gewisse Verbesserungen für die Lohnabhängigen. Aber dazu genügt es nicht, nur alle vier Jahre linke Vertreter in den Stadtrat und Gemeinderat zu wählen.

RML/BRESCHÉ WAHLEN HEISST, BEKRAEFTIGEN, DASS ES MÖGLICH IST, SICH AM ARBEITSPLATZ, IN DEN QUARTIEREN UND IN DEN SCHULEN ZU VERTEIDIGEN!

RML/BRESCHÉ WÄHLEN, HEISST FÜR EINE ANDERE POLITIK EINSTEHEN:

- für die Verteidigung der Arbeiterinnen und der Arbeiter gegen die Arbeitslosigkeit und die Entlassungen;
- für die sofortige Einführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohneinbusse und ohne Steigerung der Arbeitshetze;
- für die vollen politischen und zivilen Rechte für die ausländischen Arbeiter und das Stimm- und Wahlrecht ab 16 Jahren für alle, die seit drei Monaten in Biel wohnhaft sind;
- gegen jegliche Kürzung der Sozialausgaben.

Man muss das Geld dort nehmen, wo es ist. Wir setzen uns ein FÜR EINE GESAMTSCHWEIZERISCHE, EINHEITLICHE UND STARK PROGRESSIVE STEUER AUF DEN HOHEN EINKOMMEN UND VERMÖGEN; gegen die planlose Entwicklung der Stadt, gegen die Immobilienspekulanten fordern wir die VERSTAÄTLICHUNG DES BODENS, damit die Wohn- und Raumbedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung erfüllt werden können.

für den Stadtrat: LISTE 5
für den ständigen Gemeinderat: LISTE 5
für den Stadtpräsidenten: JEAN-MICHEL DOLIVO

nen, haben die Arbeiter gezwungen umzuziehen, um Arbeit zu finden, und haben so ganze Täler entvölkert.

NUR DIE VERSTAÄTLICHUNG DER UHRENKONZERNE erlaubt eine andere Politik, die die Arbeiterinteressen verteidigt, Vollbeschäftigung garantiert und die Arbeitsbedingungen verbessert. Die Arbeiterorganisationen müssen die Produktion und die Arbeitsplätze kontrollieren können.

40-STUNDEN-WOCHE FÜR ALLE OHNE LOHNEINBUSSE

JA zur Initiative am 5. Dezember!

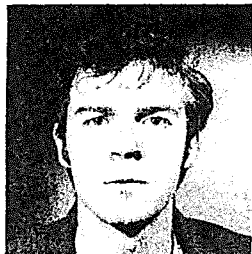
UNSERE KANDIDATEN



0501 Dolivo Jean-Michel
51, Lehrer



0503 Freuler Fritz
56, Kauf. Angestellter



0505 Huber Peter
47, Bautechniker



0507 Jeanneret Michel
54, Student



0509 Sautebin Paul
48, Uhrenmacher



0511 Sidler Roland
53, Student

Liga - Bresche

ASUAG UND SSIH - DIE GROSSEN FISCHÉ DER UHRENINDUSTRIE

Ihre Politik bestimmt das Schicksal von vielen tausend Arbeitern.

Während neun Jahren hat die Uhrenindustrie von einer Erhöhung der Produktivität um 90% profitiert.

Ogleich sie 1975 vom Bund eine Millionenhilfe und wegen des hohen Frankenkurses eine Exportunterstützung erhielten, drohen die grossen Uhrenbetriebe mit der Verlegung ihrer Fabriken und Kapitalien in andere Regionen oder Wirtschaftszweige.

Tragen die Uhrenkonzerne zur regionalen Entwicklung bei? Nein, die Region der Uhrenindustrie ist eines der am meisten von der Arbeitslosigkeit betroffenen Gebieten. Die Unternehmer haben einen Lohnstopp durchsetzen kön-